

Diesmal ist alles anders

Wirtschafts- und Staatspolitische Reflexionen

*Vortrag an den 24. Bad Ragazer Verwaltungsrats-Tagen
am 28. November 2020 um 11.30 Uhr in Bad Ragaz*

1. Einleitung

Verzeihen Sie, dass ich mir ein wenig untreu werde. Ich war immer ein unverbesserlicher Optimist, und – keine Angst – ich bleibe es trotz meines fortgeschrittenen Alters weiterhin. Aber sowohl während meiner 30 Jahre bei der NZZ als auch während der sieben Jahre bei Avenir Suisse habe ich meine Kolleginnen und Kollegen angehalten, den Begriff «Krise» äusserst zurückhaltend zu verwenden – nicht immer erfolgreich. Mir war der damit verbundene Alarmismus stets suspekt, und bis heute halte ich es für eine verbreitete journalistische Untugend, allenthalben unreflektiert Katastrophen und Krisen zu diagnostizieren. Panikmache und Hysterie liegen mir also völlig fern, und natürlich bietet jeder Umbruch, auch der jetzige, immer auch eine Chance. Doch, wie man auch am Setting dieser Tagung spürt, diesmal ist alles anders, um den berühmten Buchtitel von Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff zu paraphrasieren, der zwar gemeint war als ironische Warnung vor der gefährlichen Mischung aus Hybris, Euphorie und Gedächtnisverlust, die in einer Blase Anleger und Politiker erfasst, aber der auch auf diese eigenartige Zeit passt.

Diesmal ist wirklich alles anders, stecken wir tatsächlich in einer Krise, in einer mehrfachen Krise sogar, in einer Krise zudem, die tiefer greift als frühere Krisen, die Kubakrise anfangs der 1960er Jahre, die Erdölkrise anfangs der 1970er Jahre, die Schuldenkrise in der Dritten Welt in den 1980er Jahren, das Platzen der New-Economy-Blase Ende der 1990er Jahre und die als Subprime-Krise gestartete Wirtschafts- und Finanzkrise des ersten Jahrzehnts des dritten Jahrtausends. Die derzeitige Krise dürfte auch tiefer greifen als es selbst das

Jahr 1968 mit seinen Langfristfolgen tat oder die Implosion des Sowjetreichs im Jahr 1989. Trotzdem widerstrebt es mir, von einer Zeitenwende oder einem Paradigmenwechsel zu sprechen. Es sind auch das pompöse Begriffe, wie sie Publizisten und Zeitgeschichtler gerne verwenden, um der Langeweile der Kontinuität zu entfliehen und sich als Teil der grossen Geschichte zu fühlen. Doch so fundamentale Umbrüche sind wie Revolutionen noch seltener als Krisen, denn das Morgen knüpft immer am Heute und Gestern an, nur so können wir es denken.

Ich möchte in den folgenden Reflexionen versuchen, die mehrfache Krise zu umreissen, in der wir stecken. Mein Fokus gilt hierbei der Schweiz, aber meine Perspektive wird globaler sein als in früheren Jahren, nicht zuletzt, weil das Virus an den Grenzen nicht Halt macht. Danach werde ich kurz einige unbewältigte Probleme jenseits der Krise beleuchten, die wohl weiterhin unerledigt bleiben werden, ja zum Teil noch verschärft werden dürften. Und zum Schluss will ich punktuell jene «neue Normalität» skizzieren, die uns blühen könnte. Sie hören es vermutlich heraus, ich spreche in Eventualitäten, weil auch das ein Merkmal dieser ungewöhnlichen Zeit ist, eine grosse Unsicherheit, ein Wegbrechen so mancher Gewissheiten.

2. Eine mehrfache Krise

Die gegenwärtige *Gesundheitskrise* ist weniger neu als oft dargestellt. Jedenfalls sind Pandemien nicht so ungewöhnlich. Gemäss den Risikoeinschätzungen des Bundes zählten Seuchen seit langem zu den wahrscheinlichsten und grössten Gefahren; trotzdem war die Schweiz darauf in keiner Weise vorbereitet. In den letzten gut hundert Jahren hat die Menschheit grosse Seuchen wie die Spanische Grippe und kleinere Pandemien wie Aids oder Sars erlebt und überlebt. Aber obwohl Covid-19 weniger tödlich sein soll als beispielsweise Sars, ängstigt es uns mehr, weil es zehnmal so ansteckend sein soll wie eine simple Erkältung. Zudem ist unser Wissen über das neuartige Virus bis heute dürftig, und die Experten in den Task forces streiten sich – leider öffentlich – über Ansteckungsgefahr, Immunität und Impfung. Ich kann mir nicht helfen, aber ich habe den Verdacht, dass da und dort die Zahl der Verordnungen und Dekrete mit der Rat- und Hilflosigkeit korreliert. Irgendwie wirkt vieles ziemlich aktivistisch, auch in Ländern, die vorgeben, zurückhaltend zu agieren. Ob die epidemiologischen Massnahmen der Schweiz und des restlichen Europas zu langsam, zu lax oder im

Gegenteil zu hysterisch-restriktiv waren bzw. sind, wird man vielleicht nie richtig wissen. Als Ziel wurde ja überall das Verhindern überlasteter Spitäler und überfüllter Intensivstationen genannt, nie die Bekämpfung der Pandemie als solcher. Da gibt es wohl einen Zusammenhang, aber es ist nicht das Gleiche. Und wie es gewesen wäre, wenn alles anders angepackt worden wäre, lässt sich nicht sagen; eine andere Strategie hätte aber sicher weder zwingend Bergamo noch zwingend Taiwan bedeutet. Die Krise besteht darin, dass wir angesichts eines Virus, das hunderte Millionen Menschen erkranken lässt und einige vorzeitig ins Jenseits befördert, in einem Meer der Unsicherheit schwimmen. Ich vermute, dass das Virus eine rechte Weile ein Rätsel bleiben wird und dass zudem Mutationen und neue Viren auftauchen werden. Darauf haben wir keine rechte Antwort.

Wir stecken daneben in einer *Wirtschaftskrise*, der grössten seit dem Zweiten Weltkrieg, deren Umrisse zwar noch nicht klar erkennbar sind, deren Nachhaltigkeit in meinem Urteil aber in jedem Fall stark unterschätzt wird. Ob der Wirtschaftseinbruch eine Folge der Pandemie oder eher eine Folge der Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ist, scheint mir dabei nur begrenzt relevant. Die Hoffnung auf eine V-förmige Erholung hat sich jedenfalls längst zerschlagen. Trotz Quantitative Easing der Notenbanken, nie gesehener staatlicher Stutzungsmassnahmen und entsprechender Defizite, sinkender Risikoprämien am Kreditmarkt und unrealistisch hoher Aktienkurse geht die Bruttowertschöpfung in vielen Ländern um einen zweistelligen oder hohen einstelligen Prozentsatz zurück. Und es könnte sein, dass einige Faktoren sogar ein zu rosiges Bild der Situation zeichnen. Zum einen sind da all die Krisengewinner, die es ja weiss Gott auch gibt, die in den letzten Monaten ihre Umsätze verdoppeln konnten. Zum anderen und vor allem täuschen uns diverse time-lags. So wird der Rückgang der Steuereinnahmen in vielen Staatshaushalten wohl erst nächstes und übernächstes Jahr so richtig spürbar werden, und auch in Unternehmen hat beispielsweise ein Lagerabbau die Rechnung da und dort vorteilhaft beeinflusst.

Das Virus hat vor allem zu einer *Demokratiekrise* geführt. Entscheide mussten rasch gefällt werden, die normalen legislativen Abläufe funktionierten nicht, Parlamente konnten nicht zusammenkommen, Notrecht und Ausnahmezustände beherrschten das Bild. Im Angesicht der Pandemie konnte man nicht auf Eigenverantwortung setzen, weil es um externe Effekte und den Schutz der Anderen ging, wurden Verfassungen ausgehebelt, wurden massive Eingriffe in

die Grundrechte zugelassen, fehlte lange Zeit die wichtigste Ingredienz der Demokratie, die öffentliche Debatte, nahmen erstaunlich viele Menschen alles, was von den Regierenden verordnet wurde, ruhig und unkritisch hin, und wurden Skeptiker schnell als Covidioten und Spinner abgestempelt. Angela Merkel appellierte «Glauben Sie nur den offiziellen Mitteilungen», der Präsident des Robert-Koch-Instituts deklarierte «Diese Massnahmen dürfen niemals hinterfragt werden» und bei uns wurden Bundesrat Alain Berset und der Covid-19-Delegierte Koch zu Corona-Superstars. Aus diesem Modus haben wir uns zu wenig befreit. Dass er zudem überlagert wird von unappetitlichen populistischen Strömungen, macht die Krise der Demokratie noch gefährlicher. Ob Populisten unter dem Titel Corona die Demokratie attackieren oder «normale» Regierungen Corona zum Anlass nehmen, um gegen den Populismus mit letztlich undemokratischen Rede- und Demonstrationsverboten vorzugehen, immer leidet darunter die Demokratie.

Schliesslich erleben wir parallel zu diesen drei Krisen, und vermutlich nicht ganz unabhängig davon eine *Sicherheitskrise*. Das Aufflammen des völlig skrupellosen islamistischen Terrorismus in Frankreich, Deutschland und Österreich und in kleinerem Ausmass auch in der Schweiz, in Morges und nun zuletzt in Lugano, führt zwar zu Bestürzung – und dann zu gehässigen Debatten entlang des hier wenig hilfreichen Links-Rechts-Schemas – aber nirgends gelingt es den Verantwortlichen, ein Klima des Vertrauens in die Fähigkeit der Sicherheitskräfte zu schaffen, nirgends fühlen sich die Menschen vor dem Extremismus sicher.

3. Verschleppte Probleme

Die ausserordentliche Dominanz eines einzigen Themas, der Corona-Pandemie, in der Politik, den Medien und den Köpfen der Menschen, hat zwar andere Ereignisse, grosse wie kleine, in den Hintergrund gedrängt, aber natürlich nicht unwichtig gemacht: Die Wahl Joe Bidens, der sicher mehr Berechenbarkeit und vor allem mehr Anstand in die amerikanische Politik bringen wird, aussenpolitisch aber wohl weniger Korrekturen, als sich viele in Europa erhoffen; die raffinierte Expansionspolitik Chinas, das weltweit Freundschaften und Abhängigkeiten aufbaut; der Brexit, der zunächst sowohl die EU als auch Grossbritannien schwächen dürfte, längerfristig aber beiden nützen könnte; die verdrängte Völkerwanderung von Süd nach Nord, die uns Jahrzehnte beschäftigen wird; der Protektionismus und seine unheilvolle Allianz mit dem Populismus;

Wirtschaftskriminalität à la Wirecard, die – abgesehen vom unmittelbaren Schaden – an der Glaubwürdigkeit der Marktwirtschaft nagt; und auch die in der Wirtschaft verkannte Gefahr der Political Correctness und der Cancel-Culture, die an den Grundfesten der Meinungsfreiheit rüttelt.

Ich möchte hier aus den vielen kleinen und grossen Problemen einige andere herausgreifen, insgesamt fünf, nicht systematisch, aber doch nicht willkürlich, die unabhängig von der Pandemie weiterschwelen, wegen ihr vielleicht verschleppt oder sogar noch verschärft werden:

- Altersvorsorge: Seit Jahren, ja eigentlich Jahrzehnten, heisst es mit Recht, eine Reform der Altersvorsorge (Rentenalter, Umwandlungssatz, Sanierung AHV) sei überfällig. Die auf Dauer systemgefährdenden Negativzinsen und der ideologische Druck zu einer Gleichschaltung der Anlagepolitik der Pensionskassen belasten die Vorsorge zusätzlich. Nun gibt es bei der AHV-Reform erneut Verzögerungen im Parlament, und das für eine Minireform. Dabei liegen die Lösungen (gleiches Rentenalter für alle, Erhöhung des Rentenreferenzalters, Flexibilisierung dieses Rentenalters gemäss Lebenserwartung, deutliche Senkung des Umwandlungssatzes) längst auf dem Tisch, es fehlt nicht an Erkenntnis oder Kreativität, sondern allein am politischen Willen. Die Pandemie wird leider den politischen Willen nicht befördern. Die sture Besitzstandswahrung, die wir hier beobachten, zerstört auf Dauer jedes Gemeinwesen.
- Verschuldung: Dank der Schuldenbremse stand die Schweiz beim Ausbruch der Corona-Pandemie in Sachen Schulden zumindest relativ gut da, zwar alles andere als schuldenfrei, aber doch als Einäugige unter Blinden. Das verführte viele dazu, eine Lockerung der Haushaltsdisziplin zu fordern. Nun erleben wir weltweit im Schatten der Pandemie eine eigentliche Schuldenexplosion. Prof. Bernd Raffelhüschen hat für Deutschland berechnet, dass sich die Nachhaltigkeitslücke, also die Summe aus ausgewiesener expliziter Staatschuld und allen nicht durch heutige Abgaben und Steuern gedeckten staatlichen Leistungsversprechen für die Zukunft, coronabedingt praktisch mit einem Schlag von knapp 240% des Bruttoinlandprodukts auf über 340% erhöht hat. Das Phänomen ist global, die expliziten und impliziten Schuldenquoten erreichen überall Höchststände, auch in der Schweiz, aber ausser etwas Stöhnen da und dort ist nicht viel zu hören. Nichts gegen die vielen

Soforthilfen wegen Corona, aber die Willfährigkeit, mit der in diesem Sommer noch nicht verdientes Geld verteilt wurde, muss einem schon Sorgen machen. Man überwälzt mit einem Federstrich die fiskalischen Kosten der Pandemie wie so vieles andere auf die künftigen Generationen. Sie werden die Zeche bezahlen und bitter büssen, was wir glauben, uns alles leisten zu können. Für die gleichen links-grünen Politiker, die in der Klimapolitik nicht müde werden, die Verantwortung für künftige Generationen zu beschwören, ist Nachhaltigkeit bei den Finanzen kein Thema.

- Klimapolitik: Die Klimapolitik bleibt ebenfalls auf der Agenda. Dass Klimawandel stattfindet und gravierende Folgen haben könnte, scheint mir evident. Im Gefolge der Pandemie könnten aber jene Kräfte Auftrieb erhalten, die zutiefst überzeugt sind, ja meinen zu wissen, dass nur Regulierungen, Verbote und Einschränkungen der Freiheit einen Ausweg bieten. Schliesslich sind wir jetzt alle geschult im Befolgen massivster Eingriffe in das Leben. Angesichts des grassierenden Ökoradikalismus bis hin zum gezielten Rechtsbruch, der unter dem Titel des «rechtfertigenden Notstands» sogar bei Schweizer Gerichten Verständnis findet, droht die nüchterne Debatte über den richtigen Mix zwischen Anpassung an den Klimawandel und Bremsung des Klimawandels ebenso auf der Strecke zu bleiben wie die offene Suche nach den geeignetsten Instrumenten, um dem Klimawandel zu begegnen. Dass man dabei aus liberaler Sicht auf Anreize und Innovationen setzen sollte, mit anderen Worten auf Unternehmertum, braucht kaum betont zu werden.
- Schweiz-EU: Vor lauter Corona – und natürlich auch immer wieder Trump – ist ein für die Schweiz wichtiges politisches Dossier etwas in den Hintergrund gerückt. Mit der neuen Chefunterhändlerin Livia Leu soll das Rahmenabkommen nun zwar zu Ende verhandelt werden, aber eine baldige Klärung ist unwahrscheinlich. Nachbesserungen bei den Beihilfen, der Unionsbürgerrichtlinie und den flankierenden Massnahmen dürften wohl gelingen, aber für eine Volksabstimmung nicht genügen. Der Bundesrat, der für seine «Führungsstärke» im ersten Lockdown viel Lob erhalten hat, könnte zwar versucht sein, das Paket mit der einseitigen Schiedsgerichtslösung, der unwürdigen Guillotine-Klausel und der gut versteckten Verpflichtung, das Freihandelsabkommen von 1972 neu

auszuhandeln und dem Rahmenabkommen zu unterstellen, durchzuboxen. Damit würde das Projekt aber fast sicher zur Totgeburt. Und auch wenn die EU oder der Bundesrat das Rahmenabkommen schon vorher platzen liessen, müsste die Schweiz eine längere Durst-, Nadelstich- und Erosionsstrecke in Kauf nehmen und dann auf kleinerem Feuer einen Neuanfang versuchen. Darauf sollte man sich einstellen.

- Lockere Geldpolitik: Schon lange fluten die Notenbanken in fast allen Ländern die Märkte grosszügigst. Nun haben sie wegen der Pandemie noch einen Zacken zugelegt. Mit dem Ankauf von Anleihen jeglicher Art in eigener Währung nähert man sich der direkten Staats- und Wirtschaftsfinanzierung durch die Notenbanken, auch wenn man versucht, den Sachverhalt semantisch zu vertuschen. Dass das keine nachhaltige Situation ist, wissen alle, doch kein Notenbankpräsident dieser Welt hat glaubhaft darlegen können, auch nicht Thomas Jordan, wie man sich aus dieser Lage zu befreien gedenkt. Der Hinweis, dass trotz der gigantischen Geldmengen nirgends Inflation herrsche, ist hilflos, denn Inflation herrscht bei den Vermögenspreisen, bei Aktien, Immobilien, Kunstgegenständen. Und einiges spricht dafür, dass irgendwann auch die Hydra der Konsumentenpreis-Inflation ihr Haupt wieder erheben wird. Doch inspiriert von der Modern Monetary Theory, die behauptet, Notenbanken gehe das Pulver nie aus, und vom Glauben, die Geldbehörden müssten weiterhin retten, whatever it takes, weil man es sich nicht leisten könne, die Finanzierung der Staatskassen zu gefährden, scheinen die Marktteilnehmer an ein Perpetuum Mobile zu glauben. In Wahrheit ist es ein Teufelskreis.

4. Die «neue Normalität»

Doch zurück zu Corona und Post-Corona: «Viele von uns fragen sich, wann die Dinge zur Normalität zurückkehren. Die kurze Antwort ist: nie» - so WEF-Gründer Klaus Schwab und Co-Autor Thierry Malleret in «Covid 19: Der grosse Umbruch». Das ist die Schlüsselfrage: Wird in einem Jahr, wenn in grossem Stil geimpft werden kann, alles fast so sein wie vorher, werden wir den Corona-Blues, den Marathon der Tristesse, wie das die NZZ nannte, dann hinter uns gelassen haben? Ich bin bei Klaus Schwab. Der Struktur- und Kulturwandel, der

durch die Seuche und ihre Bekämpfung angestossen wurde, wird sich nicht in Nichts auflösen. Die Hoffnung, dass nach harten Wochen eine Normalität zurückkehrt, die der alten gleicht, ist eine Illusion. Die Vergangenheit wird nicht einfach zurückkommen.

Nehmen wir die *Globalisierung*: Sie wird kaum zurückgedreht, aber doch etwas vorsichtiger vorangetrieben werden. Die Abhängigkeit von einem oder zwei Lieferanten wird kritischer gesehen werden und Lager zur Absicherung der Lieferketten werden wieder mehr Gewicht erhalten. Der Vorteil der geographischen Nähe wurde lange etwas zu sehr geringgeschätzt; nun wird er wohl mehr Bedeutung erhalten. Eine gewisse Re-Regionalisierung der Welt wird wohl Einzug halten.

Nehmen wir *Liquiditäts- und Kapitalpolster*: Wenn die Staaten bei der Überbrückungshilfe keine Fehler machen, nicht Strukturerehaltung betreiben und nicht jene belohnen, die zu knapp kalkuliert haben, wird der Wert von Eigenkapital und Reserven steigen: Absicherung gegen Krisen gehört zur unternehmerischen Eigenverantwortung, und so wird Resilienz zum Synonym für langfristige Effizienz. Es kann sein, dass sich private Haushalte ebenfalls mehr für solch kollektive Wechselfälle des Lebens abzusichern versuchen. Wenn die Welt volatiler wird, wird Sparen wieder zur Tugend, und das ist gut so.

Nehmen wir die *Technologie*: die Digitalisierung der Schulen wird hoffentlich voranschreiten, Telemedizin wird wohl an Bedeutung gewinnen, es wird mehr Home-Office geben, Geschäftsreisen werden abnehmen, Informatik, Telekommunikation und auch künstliche Intelligenz werden in allen Bereichen wichtiger werden, der Versandhandel wird weiter boomen; als Folge davon werden kleinere Geschäfte eingehen und die Innenstädte langweiliger werden.

Als *Ordnungspolitiker* sehe ich eine der grössten Veränderungen aber anderswo. Der Kampf gegen die Pandemie verlangt zwingenderweise einen hohen Grad kollektiven und zentralen Handelns. Das führte dazu, dass sich der starke Vater Staat in viele Aspekte von Wirtschaft und Gesellschaft einmischte – weltweit. Erschreckend war, wie rasch die Menschen sich selbst in der freiheitlichen Schweiz damit abfanden. Ebenso erschreckend war, wie leicht sich Schnapsideen wie der verordnete Mietzinsnachlass ihren Weg bahnen konnten. Ich befürchte, dass uns ein rechter Teil dieser ordnungspolitischen Unsensibilität und Verwarlosung erhalten bleiben wird.

Die jetzige Krise unterscheidet sich in einem zentralen Punkt von früheren Krisen, etwa der Finanzkrise von 2008. Damals stützten die Staaten die Wirtschaft, weil sie verhindern wollten, dass die Finanzbranche ganze Volkswirtschaften in den Abgrund zieht. Nun taten die Staaten das Gegenteil, sie verboten selbst wirtschaftliches Handeln, zogen die Wirtschaft in den Abgrund, und versuchten sie handkehrum wieder zu retten. Damals sollte der Zusammenbruch von Konsum und Investitionen verhindert werden, heute wird er verordnet – mit Blick auf das höhere, ja höchste Ziel, Leben zu retten. Dass sich bei den betroffenen Unternehmen Unwillen darüber entwickelt, ist irgendwie verständlich. In seinem Gefolge beginnt jedoch eine höchst ungesunde Anspruchshaltung gegenüber dem Staat zu keimen, so als ob der Staat allein am Wirtschaftseinbruch schuld wäre und daher gefälligst zu helfen habe. Dabei wissen wir nicht, wie sich – jenseits der menschlichen Tragödien – die Wirtschaft entwickelt hätte, wenn man der Pandemie ihren Lauf gelassen hätte.

Gute, übergeordnete Zwecke sind oft Einfallstore für Kollektivismus und Freiheitsbeschränkungen. Wenn es um eine gute Sache geht, hält sich die Wachsamkeit in Grenzen; so bewegen wir uns von der sozialen Marktwirtschaft schleichend Richtung marktwirtschaftlichen Sozialismus. James Buchanan, Nobelpreisträger der Ökonomie, schrieb schon 2005, das Bedürfnis der Menschen nach paternalistischem Schutz sei einst durch die Religion befriedigt worden. Sie werde zunehmend durch den Staat ersetzt. Nach dem Auftritt der Staaten in der Pandemie dürfte das erst recht zutreffen: Die Seuche als Brandbeschleuniger für staatlichen Paternalismus.

Neben dem ordnungspolitischen Überhang werden uns die sozialen und psychologischen Folgen der Pandemie und ihrer Bekämpfung noch lange begleiten. Das Leben wird anders aussehen als in der Vergangenheit. Gemäss Yale-Professor Nicholas Christakis in seinem Buch «Apollo's Arrow» werden mehr Menschen volle Plätze meiden, wir werden nicht immer, aber immer öfter Masken tragen, Küsschen-Küsschen und selbst Händeschütteln werden massiv zurückgehen. Das kann man zwar als nicht so wichtig ansehen, aber man sollte die physischen Gesten des gegenseitigen Wohlwollens nicht geringschätzen. Dass es gleichzeitig, wie Christakis schreibt, zu einer ähnlich erleichterten Ausgelassenheit und Lebensfreude kommt wie in den «Roaring Twenties» nach den Schrecken des Ersten Weltkriegs und der Spanischen

Grippe, halte ich eher für eine gut gemeinte Aufmunterung als für eine realistische Hoffnung.

Im Zentrum der «neuen Normalität» wird die Erkenntnis stehen müssen, dass die Art und Weise, wie wir diese Corona-Pandemie bekämpft haben, nicht skalierbar ist. Es wird andere Viren oder Viren-Mutationen geben, es gibt Risiken, die wir ähnlich auf die leichte Schulter nehmen, wie wir es mit dem Pandemie-Risiko getan haben, z. B. die Antibiotika-Resistenz, und jedes Mal Freiheitsprinzipien so sehr ausser Kraft zu setzen, so viel staatlichen Zwang auszuüben und die Wirtschaft so sehr zurückzufahren, ist unvorstellbar. Deshalb halte ich auch die Hoffnung auf einen Impfstoff, der uns zurück ins «normale» Leben bringt, für naiv. Statt immer wieder auf einen Impfstoff oder ein wirksames Medikament zu hoffen, werden wir, wenn wir unsere freiheitlichen Gesellschaften nicht völlig ruinieren wollen, lernen müssen, mit Pandemien und mit anderen Risiken vernünftig zu leben, wir werden lernen müssen, zur Rettung von Menschenleben nicht jeden Preis zu zahlen, wir werden lernen müssen, abzuwägen zwischen der unmittelbaren Verhinderung von Todesfällen und den gesundheitlichen Schäden, die durch eine Gesundheitspolitik entstehen, die die Wirtschaft für einen Gegenpol der Gesundheit hält. Sowohl als Liberaler als auch als Ökonom bin ich überzeugt, dass nur wirklich grosse Risiken die Risiko-Bekämpfung mittels Massnahmen rechtfertigen, die die individuelle Freiheit und die Selbstverantwortung unterminieren. Diese neue Risiko-Kultur entspricht kaum der herrschenden Mentalität im höchstversicherten Land der Welt, aber sie müsste eigentlich alle Unternehmer ansprechen, und gerade Unternehmer sollten dazu beitragen, diese Haltung, dass das Leben ein Risiko ist, zu stärken und zu verbreiten. Es war und ist die Haltung des Aufbruchs statt der Bewahrung.
